

AG 1 – Integration von Ausländern

1. Wir stellen den Antrag der Kreis Segeberg sollte kostenlos Sprach- und andere Kurse anbieten z.B. Kochkurse gemeinsam mit Deutschen und Migranten ab Kindergartenalter (3 Jahre). Es sollte ein pflichtiger Sprachtest für Volljährige eingeführt werden.
2. Der Kreis Segeberg sollte eine oder mehrere „Religionsmessen“ durchführen. Hier können sich alle Religionen vorstellen und Verständnis füreinander entwickeln. Diese Veranstaltung sollte für alle zugänglich sein z.B. auf dem Marktplatz in Bad Segeberg.
3. Lokale Medien sollten mehr über Veranstaltungen wie z.B. gemeinsame Sprachkurse, etc. berichten. Auch vom Kreis aus sollten solche Termine öffentlich gemacht werden.
4. Straftäter ohne deutsche Staatsbürgerschaft sollten nach schweren Straftaten schneller verurteilt und sogar abgeschoben werden.
5. Für Deutschland sollte so etwas wie eine „Greencard“ eingeführt werden.

AG 2 - Jugendarbeit in den Kommunen

Um die notwendige Jugendarbeit weiterzuentwickeln, stellt die AG 2 folgende Forderungen und beantragt diese durch den Kreistag zu beschließen:

1. Altersgerechte Angebote und Ausstattung

Wir fordern, dass die Jugendzentren ihre Angebote altersentsprechend planen und eine nach Altersgruppen gegliederte und entsprechende Ausstattung bekommen.

2. Jugendgerechte Veranstaltungen

Zu den altersgerechten Angeboten gehören Veranstaltungen, die auf die Bedürfnisse der Jugendlichen zugeschnitten sind.

3. Altersgemäße Ansprechpartner

Wir fordern, dass in den Jugendzentren altersentsprechende Ansprechpartner eingesetzt werden.

4. Aktive Öffentlichkeitsarbeit der Jugendzentren

Wir empfehlen, dass Jugendzentren mehr Werbung für ihre Angebote machen. Es könnten z.B. Flyer verteilt werden oder Aushänge in der Schule gemacht werden. Z.B. sollten auch die umliegenden Dörfer informiert werden.

5. Jugendgemäße Öffnungszeiten

Die Jugendzentren sollten sowohl in den Ferien als auch in den Schulzeiten geöffnet sein. Die Angebote müssen der Veränderung durch die Ganztagschule angepasst werden.

6. Ferienangebote

Ferienangebote sollten generell den Kindern und Jugendlichen aus dem Kreisgebiet zugänglich gemacht werden. Sprich, dass kleinere Gemeinden mit wenigen Ferienangeboten auch Angebote von größeren Gemeinden wahrnehmen können.

Wir beantragen, dass die Ferienpässe in ausreichender Anzahl in den Schulen ausgehändigt werden.

7. ÖPNV/ Schulbusse

Wir fordern, dass die Schulbusse weiterhin für die Schüler kostenfrei bleiben und die Taktung der Busse sich der Schulzeit anpasst. Auch außerhalb der Schulzeit sollte ein Angebot vorhanden sein.

Des Weiteren möchten wir mehrere Möglichkeiten nach Partybesuchen kostengünstig und sicher nach Hause zu kommen, beispielsweise mit Partybussen.

Wir appellieren an die Verantwortlichen in Verwaltung und Politik, nicht an der Jugendarbeit zu sparen und sie bedarfsgerecht finanziell auszustatten. Das gilt insbesondere für die Ausbildung der ehrenamtlichen Jugendleiter/innen.

AG 4 – Sozialstaat & Sozialpolitik

Unsere Forderungen zur Verhinderung von Missbrauch des Sozialstaates:

Leute die Leistungen vom Staat erhalten, sollen auch etwas zurückgeben - Wer nimmt, soll auch geben, z.B. durch soziales Engagement.

AG 5 – Energieversorgung

Seit Jahren ist der Klimawandel im Gange, aber erst jetzt werden vielen Menschen die weitreichenden Folgen bewusst, dadurch wird der Handlungsdruck immer größer. Da die Fossilenbrennstoffe endlich sind, müssen wir jetzt für eine zuverlässige Energieversorgung in der Zukunft sorgen. Um die vereinbarten Klimaschutzziele zu erreichen (minus 40% Kohlenstoffdioxid bis 2020 und minus 80 % Kohlenstoffdioxid bis 2050) müssen wir schnellstmöglich die Energieversorgung auf erneuerbare und klimaneutrale Energieformen umstellen.

1. 100 % erneuerbare Energien bis 2050

Daher fordern wir 100% erneuerbare Energien bis 2050. Diese wollen wir mit Hilfe noch intensiverer Förderung der regenerativen Energien und gleichzeitiger höherer Besteuerung fossiler Brennstoffe erreichen.

2. Regionale Energieversorgung

Außerdem streben wir eine Stärkung der regionalen Energieversorgung an, indem wir die erneuerbaren Energien vor Ort fördern. Mit dieser Dezentralisierung, in welche die Stadtwerke und Kommunen mit eingebunden werden, wollen wir die Effizienz steigern und die Versorgungssicherheit gewährleisten.

3. Nutzen von Einsparpotenzialen

Wir setzen uns auch dafür ein, die Einsparpotenziale, welche die energetische Gebäudesanierung besitzt, zu nutzen, und die Anreize dafür zu verstärken, um die Energieeffizienz zu steigern und den Energieverbrauch zu senken.

4. Ausstieg aus Kern- und Kohlekraft

Gleichzeitig ist es aus Klimaschutzgründen nötig, schnellstmöglich aus der Kern- und Kohlekraft auszusteigen.

AG 6 - Zukunft der Wehrpflicht

Antrag:

1. Der Kreistag möge beschließen, die Wehrpflicht soll bestehen bleiben.
2. Die Wehrpflicht soll wieder auf 9 Monate angehoben werden. Dadurch, dass der Wehrdienst ausgesetzt bzw. auf 6 Monate verkürzt würde, würde der Zivildienst ebenfalls ausgesetzt bzw. verkürzt werden. Das heißt wiederum, dass in den Krankenhäusern und bei den Pflegebedürftigen Helfer fehlen. Die Intensität der Dienste wird höher und die Belastung wird größer. Die Kosten steigen ebenfalls. Im Gegensatz zu den 9 Monaten Wehrdienst ist auch in der Ausbildung ein Defizit zu merken.
3. Die Bewerbungsfristen müssten flexibler gestaltet werden, sodass Wehrdiensthabende nach ihrer Grundausbildung bei Nichteintritt in die Bundeswehr nahtlos in die Berufswelt übergehen müssen/können. Soldaten sollen wenn möglich besser mit der Bevölkerung in Verbindung kommen.

Begründung:

Aus den obigen Aufzählungen soll die Wehrpflicht wieder auf 9 Monate angehoben werden. Dies gilt auch für Zivildiensthabende deren Dienst ebenfalls verkürzt bzw. sogar ganz ausgesetzt werden könnte, da die Strukturen verbunden sind.

Zukunft der Wehrpflicht

Konsequenzen der Reduzierung auf 6 Monate?

1. Zivildienst kürzer
2. Intensität der Dienste höher → Belastung
3. höhere Kosten
4. Qualitätsdefizit zu 9 Monaten Dienstzeit
5. kürzere Abwesenheit
6. Bewerbungszeiträume berücksichtigen

Konsequenzen der Aussetzung

1. schlechterer Schutz für Deutschland
2. weniger Soldaten → Kasernenschließungen / Infrastruktur
3. → Arbeitsplätze gehen verloren (intern und extern)
4. Zivildienst entfällt ebenfalls → soziale Dienstleistungen werden eingeschränkt
5. Probleme im Ernstfall
6. Aussetzung = Abschaffung?